

Editorial

Vom fatalen Kurs abkehren



Seit der Annahme der Initiative «gegen Masseneinwanderung» überstürzten sich die Ereignisse. Seit die Position Berns zur Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien bekannt ist, hat die Europäische Union (EU) die Verhandlungen über die Beteiligung der Schweiz an ihren Bildungs- und Forschungsprogrammen – Erasmus+ und Horizon 2020 – eingefroren und unsere Hochschulen in grosse Unsicherheit versetzt.

Wir dürfen aber die Hoffnung nicht verlieren und müssen handeln, um diese Abkommen zu retten. Sie waren immer apolitisch und sollen es auch bleiben. Niemand hat Interesse daran, unsere Studierenden und Forschenden wegen einer übergeordneten Abstimmung, die Ausdruck der Demokratie ist, zu bestrafen. Ausserdem haben sich die Fakten bis jetzt nicht verändert: Die Personenfreizügigkeit besteht bis zur rechtlichen Umsetzung der Initiative weiter. Brüssel muss berücksichtigen, dass die Schweizer Akteure die Anliegen der Initianten erfüllen und gleichzeitig die Bilateralen erhalten wollen.

Aber bereits jetzt ist der Wissensplatz Schweiz nachhaltig geschädigt. Die Tatsache, dass die Schweiz 2014 nicht an Erasmus+ und Horizon 2020 assoziiert ist, schadet der Attraktivität unserer Hochschulen ab sofort. Wir müssen uns über die Parteigrenzen engagieren, um von diesem fatalen Kurs abzuweichen.

Géraldine Savary

Präsidentin der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats
Mitglied des Politikerteams FUTURE

EU-Bildungs- und Forschungsprogramme

Ausschluss aus der Champions League

Nach der Annahme der Volksinitiative gegen Masseneinwanderung hat die Europäische Union die Verhandlungen über eine Assoziierung der Schweiz an die europäischen Forschungs- und Bildungsprogramme sistiert. Für den Wissensstandort hat das weitreichende Konsequenzen.

Die Europäische Kommission hat die Verhandlungen über die Schweizer Assoziierung an die Programme für Forschung (Horizon 2020) und Bildung (Erasmus+) vorläufig auf Eis gelegt. Damit reagiert Brüssel auf den Entscheid des Bundesrats, die Personenfreizügigkeit nach dem Ja zur Initiative gegen Masseneinwanderung vorerst nicht auf Kroatien auszuweiten. 2014 kann sich die Schweiz an diesen Programmen nicht gleichberechtigt beteiligen und muss sich mit der Rolle eines Drittstaates begnügen. Der Forschungsplatz verliert nachhaltig an Attraktivität und muss erhebliche finanzielle Einbussen in Kauf nehmen.

Ausschluss von den ERC-Grants: Durch den Ausschluss von Horizon 2020 können Schweizer Forschende in Brüssel keine Einzelprojekte mehr einreichen. Dabei waren sie hier in der Vergangenheit besonders erfolgreich. Betroffen sind vor allem die Individualförderungen durch den Europäischen Forschungsrat (ERC). Von 2007 bis 2012 gewann die Schweiz 192 der prestigeträchtigen ERC-Grants. Diese unterstützen persönliche Projekte von jungen und erfahrenen Spitzenforschenden über fünf Jahre mit 1,5 bis 3,5 Millionen Euro. Aber auch auf die EU-Stipendien zur wissenschaftlichen Laufbahnförderung müssen Schweizer Forschende verzichten. 2007 bis 2012 erhielten sie fast 500 dieser sogenannten «Marie-Curie-Massnahmen». Ohne den Zugang zu diesen wichtigen Förderquel-

len verliert die Schweiz für Spitzenforschende aus aller Welt an Anziehungskraft.

Teure Koordination: Mit einem Umfang von 80 Milliarden Euro ist Horizon 2020 das weltweit bedeutendste Forschungsprogramm. Es ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht klar, ob Schweizer Wissenschaftler auch ohne Assoziierung Projekte koordinieren könnten. Sicher muss aber die Schweiz in der Rolle eines Drittstaates die Kosten für ihre Projektbeteiligungen selber tragen. Das derzeit grösste von der Schweiz geleitete Vorhaben ist das «Human Brain Project». Es ist in der ersten Phase bis 2016 noch durch das alte Rahmenprogramm finanziert. Offen ist, ob die Schweiz und die ETH Lausanne dieses europaweit angelegte Projekt auch danach noch führen können.

Erschwerter Bildungsaustausch: Das EU-Bildungsprogramm Erasmus+ ermöglicht das Sammeln von Erfahrungen im europäischen Ausland. Auch ohne Schweizer Assoziierung sind Austausch noch möglich, jedoch zu merklich schlechteren Bedingungen: Die Schweiz muss sowohl eigene wie auch ausländische Studierende selber finanzieren, ohne Unterstützung durch die EU. Gleichzeitig vergibt die Schweiz eine grosse Chance, um vielversprechende Nachwuchsforschende ins Land zu holen.

Die Nicht-Assoziierung an die EU-Forschungs- und Bildungsprogramme kommt einem Ausschluss des Schweizer Wissensplatzes aus der Champions League gleich. Dies gilt es zu verhindern! Die Schweizer Akteure der Bildung, Forschung und Innovation setzen sich mit Nachdruck dafür ein, dass die Interessen der Wissenschaft bei der Umsetzung des Volksentscheids berücksichtigt werden.

Die Wissenschaft ist zutiefst besorgt

Nach dem Ja der Schweizer Bevölkerung zur Initiative gegen Masseneinwanderung am 9. Februar 2014 haben die Vertreter der Wissenschaft ihre Besorgnis über eine drohende Isolation des Forschungsplatzes Schweiz kundgetan. In einem Brief an den Bundesrat unterstrichen sie die Bedeutung der Beteiligung an den europäischen Bildungs- und Forschungsprogrammen für die Reputation und die Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen. Vertreter der Hochschulen und des Schweizerischen Nationalfonds informierten an einer Pressekonferenz die Medien über die Konsequenzen der Nichtbeteiligung.

Die Vertreter von Bildung und Forschung sind sich bewusst, dass die sistierten Ver-

handlungen zu Horizon 2020 und Erasmus+ nur einen Teil eines weitreichenden Problems für das Land darstellen. Gleichwohl fordern sie den Bundesrat dazu auf,

alles Mögliche für eine Assoziierung der Schweiz an diesen Programmen zu tun. Dabei wollen sie die Regierung tatkräftig unterstützen.



KEYSTONE/Lukas Lehmann

Martin Vetterli, Ralph Eichler, Antonio Loprieno und Patrick Aebischer beantworten die Fragen der Journalisten.

news

Bildungsmonitoring

Höhere Bildung auf dem Vormarsch

Im Februar 2014 haben das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) und die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) den zweiten Bildungsbericht veröffentlicht. Es zeigt sich, dass das Bildungsniveau der Schweizer Bevölkerung weiter steigt: Hatte 2010 noch jede vierte Person einen tertiären Bildungsabschluss, besitzt 2014 jeder dritte Erwachsene im erwerbsfähigen Alter ein Diplom einer Hochschule oder einer höheren Fachschule.

Der Bildungsbericht Schweiz erscheint alle vier Jahre und ist Teil eines langfristig angelegten Bildungsmonitorings von Bund und Kantonen. Er fasst aktuelles Wissen über den Bildungsstandort Schweiz zusammen und dient den Behörden als Grundlage zur Ausrichtung ihrer

Bildungspolitik. Nach dem ersten Bildungsbericht im Jahr 2010 legten Bund und Kantone gemeinsame, langfristig zu verfolgende Bildungsziele fest und trafen entsprechende Massnahmen. Die Auswertung des aktuellen Berichts wird zeigen, ob dieser Massnahmenkatalog angepasst oder erweitert werden muss.

Weiterbildungsgesetz

Wenige Kursänderungen im zweiten Lauf

In der März-Session beraten die Ständeräte das Bundesgesetz über die Weiterbildung (WeBiG). Der Nationalrat hatte das Gesetz im vergangenen Dezember intensiv debattiert und im Vergleich zum bundesrätlichen Entwurf mehrere Änderungen verabschiedet. Die vorberatende Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats (WBK-S) folgte den meisten Beschlüssen der grossen Kammer. Sie überwies das WeBiG aber mit einigen Änderungen an das Plenum.

Die Kommissionsmitglieder haben die Verpflichtung der Kantone zu kostenloser Beratung sowie die finanzielle Unterstützung des Bundes für die Entwicklung von Weiterbildungsangeboten aus dem Gesetz gestrichen. Auch sollen die Organisationen der Arbeitswelt bei der Anrechenbarkeit von Bildungsleistungen nicht explizit im WeBiG verankert sein. Hingegen hat die WBK-S die Verantwortung der Arbeitgeber wieder in den Gesetzestext aufgenommen: Diese sollen die Weiterbildung ihrer Mitarbeitenden begünstigen. Weiter soll die Finanzhilfe des Bundes an Weiterbildungsorganisationen nicht auf vier Jahre beschränkt sein.

Die WBK-S unterstützte ausserdem Anträge für eine ausgeweitete Qualitätssicherung sowie für eine nationale Strategie zur Förderung der Grundkompetenzen. Hingegen lehnte sie den Antrag für jährliche vom Arbeitgeber bezahlte Weiterbildungsurlaube bis zu drei Tagen mit 7 zu 4 Stimmen bei einer Enthaltung ab.

Stipendienwesen

Gleich lange Spiesse für alle

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N) will zusätzliche Anreize für eine schweizweite materielle Harmonisierung des Stipendienwesens schaffen.

2012 gab der Kanton Glarus pro Einwohner weniger als 16 Franken für Stipendien aus. Der Kanton Jura wendete pro Kopf 80 Franken für Ausbildungsbeiträge auf. Diese Extrembeispiele verdeutlichen die grosse Spannweite zwischen den Stipendienwesen der einzelnen Kantone. Ergänzend dazu stockte der Bund die kantonalen Pro-Kopf-Aufwendungen landesweit um rund 3 Franken auf. Diese Bundessubventionen sind heute in allen Kantonen gleich hoch. Das könnte sich mit dem indirekten Gegenvorschlag zur Stipendieninitiative des Verbands der Schweizer Studierendenschaften (VSS) nun ändern.

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N) will die Version des Bundesrates ergänzen: Mit 14 zu 10 Stimmen entschied sie, dass der Bund künftig die Kantone nicht mehr pro Einwohner, sondern in Abhängigkeit

der effektiv geleisteten Ausbildungsbeiträge unterstützen soll. Die Bundessubventionen dienen den Kantonen demnach als Anreiz, grosszügigere Stipendien zu sprechen. Dieser Mechanismus kann zu mehr Chancengleichheit im Bildungswesen führen und die finanziellen Bedingungen für Studierende in allen Kantonen angleichen. Die Mehrheit der WBK-N will im Ausbildungsbeitragsgesetz auf die interkantonale Vereinbarung zur Harmonisierung der Ausbildungsbeiträge verweisen. Dieser Verweis schliesst auch die finanziellen Rahmenbedingungen des Stipendienkonkordats in Form von Höchstansätzen ein.

Motion für mehr Bundesmittel

Fraglich ist, ob der gegenwärtige Anteil der Bundessubventionen an den totalen Ausbildungsbeiträgen als Anreiz für eine materielle Harmonisierung ausreicht. 2012 unterstützte der Bund die Kantone mit 25 Millionen Franken. Das entspricht 8 Prozent der insgesamt 318 Millionen für Stipendien und Darlehen. Die WBK-N sucht die Lösung über eine Motion: Mit 17 zu 8 Stimmen wurde ein Vorstoss gut-

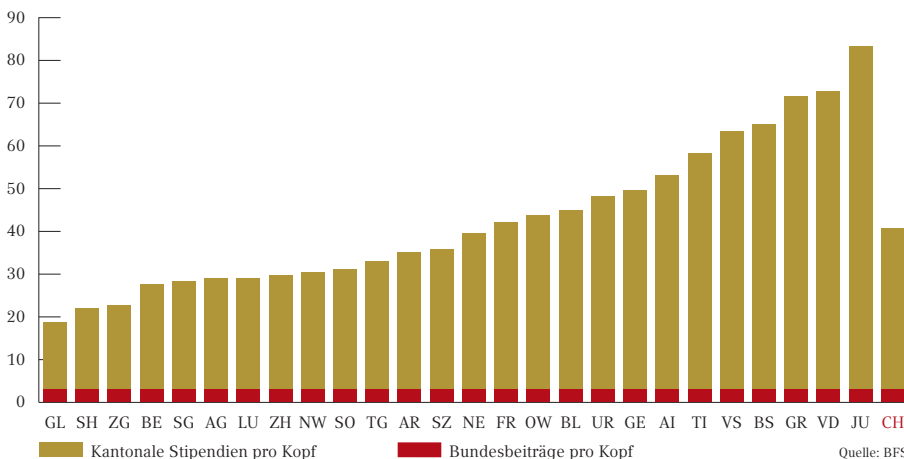
geheissen, der eine höhere Subventionierung der kantonalen Stipendien durch den Bund verlangt. Entsprechende zusätzliche Mittel sollen in der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2017 bis 2020 budgetiert werden. Dabei ist aber unbedingt zu beachten, dass diese Finanzierung nicht auf Kosten von Hochschulen und Forschung geht.

Höhere Berufsbildung mit im Boot

Im Weiteren fügte die WBK-N mit 18 zu 7 Stimmen dem Gesetzesentwurf eine zusätzliche Bezugsgruppe hinzu: Künftig sollen auch Absolvierende der höheren Berufsbildung Ausbildungsbeiträge beanspruchen können. Damit geht die Kommission in die gleiche Richtung wie das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI), das die höhere Berufsbildung und die akademische Bildung gleichberechtigt behandeln möchte.

Das Netzwerk FUTURE unterstützt die Vorschläge der Kommissionsmehrheit. Der vorgeschlagene Gesetzesentwurf für eine schweizweite materielle Harmonisierung ermöglicht den gleichberechtigten Zugang zu höherer Bildung. Die Verantwortung für das Stipendienwesen bleibt jedoch in den Händen der Kantone.

Kantonale Stipendien und Bundesbeiträge pro Einwohner/in in Franken nach Kantonen 2012





Anne-Catherine Lyon ist neue SUK-Präsidentin

Die Waadtländer Staatsrätin Anne-Catherine Lyon ist seit 1. Januar 2014 neue Präsidentin der Schweizerischen Universitätskonferenz (SUK). Die Bildungsdirektorin des Kantons Waadt folgte auf den Basler Regierungsrat Christoph Eymann. Lyon ist auch Präsidentin des Schweizerischen Fachhochschulrats (FHR).

22 Consolidator Grants für die Schweiz

Erstmals hat der Europäische Forschungsrat (ERC) mit den Consolidator Grants Förderungen für Forschende in der Mitte ihrer Karriere gesprochen. Von den insgesamt 312 vergebenen Consolidator Grants gehen 22 an Wissenschaftler in der Schweiz, die damit europaweit Platz 5 belegt. 4 Förderungen gehen an die ETH Zürich, je 3 an die Universitäten Basel, Genf, Lausanne und Zürich. Die ETH Lausanne erhält zwei Grants und je einer geht an die Universität Bern, das Paul Scherrer Institut, das Schweizerische Tropen- und Public Health-Institut sowie an die EAWAG.

Energieforschung: vier weitere Kompetenzzentren lanciert

Per Anfang 2014 nahmen vier weitere Swiss Competence Centers for Energy Research (SCCER) ihren Betrieb auf. Ein Steuerungskomitee gab grünes Licht für die Kompetenzzentren in den Bereichen Stromnetze, Mobilität, Biomasse sowie Ökonomie, Umwelt, Recht und Verhalten. Die SCCER sind Teil des Aktionsplans «Koordinierte Energieforschung Schweiz» und sollen zur Umsetzung der Energiestrategie 2050 des Bundes beitragen.

News auf netzwerk-future.ch

Auf der Website des Netzwerks FUTURE www.netzwerk-future.ch finden Sie täglich aktualisierte News zum Thema Bildung, Forschung und Innovation.

Thierry Courvoisier ist Vizepräsident des EASAC

Der Präsident der Akademien der Wissenschaften Schweiz, Professor Thierry Courvoisier, wurde zum Vizepräsidenten des European Academies Science Advisory Council (EASAC) für die Jahre 2014 bis 2016 gewählt. Der europäische Akademienverbund ist die wissenschaftliche Beratungsinstanz der politischen Gremien der Europäischen Union.

Zusätzliche Mittel beschleunigten Innovationen

Aufgrund der Frankenstärke wurden 2011 die Mittel der Kommission für Technologie und Innovation (KTI) um 100 Millionen Franken aufgestockt. Eine Evaluation der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich (KOF) sowie des Forschungs- und Beratungsbüros Infrac zeigt, dass die kurzfristige Mittelaufstockung die gewünschte Wirkung erzielte. Zu scheitern drohende Innovationsprojekte wurden umgesetzt und beschleunigt.

Vereinbarung für bessere Vereinbarkeit von Ausbildung und Militär

Künftig sollen militärische Kaderausbildung und Hochschulbildung besser vereinbar sein. Dies haben die Präsidenten der Rektorenkonferenzen der Schweizer Hochschulen mit dem Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) in einer Vereinbarung festgehalten. Mit dem Inkrafttreten ist 2017 zu rechnen. Zuvor muss das Parlament der Vereinbarung zustimmen.

Mehr Freiheiten in der Präimplantationsdiagnostik gefordert

Mit 12 zu 1 Stimmen empfiehlt die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats (WBK-S) die Änderung des Fortpflanzungsmedizingesetzes zur Annahme. Die Mehrheit will das Gesetz für die Zulassung der Präimplantationsdiagnostik im Vergleich zum Bundesrat öffnen. Eine Minderheit beantragt, nicht auf die Vorlage einzutreten.

Massnahmen gegen Fachkräftemangel

Eine Motion der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats (WBK-S) verlangt vom Bundesrat, nach der Annahme der Initiative gegen Masseneinwanderung die Strategie zur Lindierung des Fachkräftemangels anzupassen. Der Bund solle unter anderem die gesellschaftlichen Bedürfnisse in seinen hochschulpolitischen Massnahmen berücksichtigen. Weiter soll die Regierung aufzeigen, wie die Nachfrage nach Medizinern gedeckt werden könne.

Acht neue Nationale Forschungsschwerpunkte

Das Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) hat für die Periode 2014 bis 2017 acht neue Nationale Forschungsschwerpunkte (NFS) bestimmt. Die neuen NFS entstehen an den Universitäten Basel, Bern (zwei NFS), Freiburg, Genf, Neuenburg sowie an den Eidgenössischen Technischen Hochschulen in Lausanne und Zürich. Für die kommenden vier Jahre investiert der Bund 30 Millionen Franken in die qualitativ hochstehenden Forschungsprojekte in der ganzen Schweiz.

Impressum

Münstergasse 64/66
3011 Bern
Tel. 031 351 88 46
Fax 031 351 88 47
www.netzwerk-future.ch

© Netzwerk FUTURE 2014

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik. Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.